

Kommunismus halbiert

Carola S. Rudnick über deutsche Geschichtspolitik nach 1989

Peter März

Was könnten Leserinnen und Leser unter einem Titel erwarten, der von „der deutschen Geschichtspolitik nach 1989“, bezogen auf die DDR, handelt und bei dem es um „die andere Hälfte der Erinnerung“ gehen soll¹ – was logisch wohl voraussetzt, daß es auch so etwas wie „die eine Hälfte“ geben müßte? Am plausibelsten erschiene im Kontrast wohl der Umgang mit der „alten“ Bundesrepublik, ob restaurativ oder aufgeklärt-emanzipatorisch, ob prowestlich oder einem herkömmlichen deutschen Kulturbegriff verhaftet, ob gewissermaßen reine Ökonomie mit staatlicher Hülle oder, mit dieser Intensität erstmals in der deutschen Geschichte, als normativ wie in der gesellschaftlichen Breite verankerte Demokratie, um nur einige geläufige Antagonismen zu nennen. Der Bezugspunkt Bundesrepublik fehlt aber ebenso wie ein anderer, der auch denkbar wäre, nämlich der vergleichende Blick auf weitere ehemalige sowjetische Satellitenstaaten wie die Nachfolgestaaten der untergegangenen Sowjetunion selbst, darunter die Russische Föderation an erster Stelle, und deren Umgang mit der kommunistischen Diktatur von 1917/18 respektive 1946/48 bis spätestens 1991.

Sprechen wir von der DDR in der deutschen Geschichtspolitik, dann denken wir in erster Linie an den Umgang mit diesem essentiellen Thema deutscher Zeitgeschichte auf den Foren, wo die einschlägigen Kontroversen nun einmal ausgetragen werden, in der Wissenschaft, in der wissenschaftsnahen wie in der wissenschaftsnäheren Publizistik, in der Schule und in den für sie bestimmenden Faktoren – Lehrpläne, Unterrichtsmaterialien, Zeitzeugen und deren spezifische Auswahl, Didaktiken. Wir denken insgesamt an die ganze Breite der Diskurse und Narrative², die innergesellschaftlich generiert und weitergetragen werden, beginnend mit den ganz elementaren gesellschaftlichen Bauformen wie Familie, Bekannten-, Freundeskreis und Stammtisch, Dorf- und Stadtmilieus und Kirchengemeinden. Dieses gesamte Spektrum findet im Buch von Carola S. Rudnick nicht die geringste Erwähnung. Das gilt ebenso für die staatliche Symbolpolitik mit ihrer Fixierung auf die klassischen Jubiläen wie den 17. Juni 1953, den 13. August 1961, den 9. November 1989 und schließlich den 3. Oktober 1990. Die einzige Ausnahme ist insofern die Auseinandersetzung mit den Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ und „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ sowie mit der „CDU-Gedenkstättenpolitik 2000 bis 2004“ (S. 191 ff.).

Die Autorin gefällt sich darin, nicht in einem methodisch-wissenschaftlichen, sondern in einem sehr platt-vordergründigen Sinne buchstäblich Partei zu ergreifen. Dabei fir-

1 Rudnick, Carola S.: Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989. Bielefeld 2011.

2 Vgl. auch die seinerzeit aufsehenerregenden Ergebnisse in Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich. München/Stamsried 2008. Die Autorin hätte vermutlich die Ergebnisse dieser Studie – zumeist bemerkenswert geringe Kenntnisse der DDR-Geschichte bei Schülerinnen und Schülern – als Ausfluß eines eher faktenorientierten Positivismus infragegestellt; soweit gelangt sie aber weder darstellerisch noch argumentativ, da sie sich ganz im Segment von Gedenkstätten und Gedenkstättendiskursen bewegt, das allerdings eben für ein gesamtes Geschichtsprüfil nur ein – sehr spezifisches – Teilsegment sein kann.

mieren die Unionsparteien (zumeist reduziert auf eine sogenannte „CDU-Fraktion“ im Deutschen Bundestag, z. B. S. 98) in aller Regel als die „Konservativen“, mit Grundhaltungen, deren Legitimation mokant in Zweifel gezogen wird, ohne dies je im Blick auf die Diskurse der letzten Jahrzehnte wirklich substantiiert zu begründen: Die Unionsparteien folgen einer naturgemäß überholten Totalitarismustheorie, sie sind antikommunistisch – beide Positionen werden in aller Regel mit dem Adjektiv „undifferenziert“ garniert –, und sie erscheinen somit unfähig, die historische Entwicklung der DDR mit differenzierten Bewertungen zu belegen. Versucht man nun umgekehrt aus dem, was hier bei der Autorin anklingt, eine Art mehrstufige Entwicklung zu destillieren, dann ergäbe sich in etwa – ohne daß dies im Blick auf den Stand der DDR-Forschung aufscheint, die als solche ja überhaupt nicht wahrgenommen wird – eine Abfolge nach dem Muster:

Zunächst die relativ guten „antifaschistischen Jahre“, sodann die Negativzeit des Stalinismus, wobei nie zur Diskussion gestellt wird, ob er, dem sowjetischen Muster folgend, bis zum 20. Parteitag der KPdSU 1956 reichen würde, oder, im Kontinuum der Ära Ulbricht, darüber hinaus bis zum Beginn der sechziger Jahre, und danach schlosse sich dann jene vielberufene, vom Totalitären zum Autoritären abgemilderte Phase eines repressiven Versorgungssystems in der Ära Erich Honecker an. Dies sind die Schlußfolgerungen, die sich aus den Insinuationen, Wertungen, Andeutungen und Begriffen der Autorin ergeben, nicht aus den offengelegten Thesen, wie einseitig diese dann auch wären.

Konsequent formuliert die Autorin etwa bei der Auseinandersetzung mit Opfern der Haftanstalt (und jetzigen Gedenkstätte) Bautzen und deren emotionalen Empfindlichkeiten, „dass Stalinismus, Kommunismus und Staatssozialismus häufig als ein und das selbe betrachtet wurde und besonders in der Anfangsphase der Geschichtsaufarbeitung suggeriert wurde, stalinistische Verbrechen habe es sogar noch bis 1989 gegeben“ (S. 224).

Man wird nicht umhinkommen, der Autorin bescheinigen zu müssen, daß ihr Bild vom bösen Stalinismus, dem doch durchaus irgendwie positivere Kommunismus-Varianten gegenüberstehen, nicht nur politisch vordergründig ist, sondern vor allem auch wissenschaftlich nicht auf der Höhe der Zeit ist. Zunächst einmal wäre zu klären, was sowjetischer Stalinismus eigentlich für DDR-Stalinismus bedeutet – oder eben auch nicht. Chronologisch paßt vieles nicht zusammen: Der mörderische Höhepunkt des von Stalin geführten kommunistischen Regimes auf sowjetischem Boden waren zweifellos die dreißiger Jahre. Für die DDR könnte man allenfalls von einer Hochphase des Diktaturcharakters ihres SED-Regimes unter sowjetischer Vormundschaft für die fünfziger und frühen sechziger Jahre sprechen.³ Allerdings ist die These von einem „weicheren“ Diktaturcharakter, beginnend entweder in der Zeit nach dem Mauerbau 1961 oder mit dem Einsetzen der Ära Honecker – zum Beispiel auf der Linie von Martin Sabrow – alles andere als unumstritten.⁴ Grundsätzlich wird hier freilich zu bedenken gegeben, ob nicht dem Stalinismusbegriff per se ein apologetisches Moment anhaftet. Dabei geht es ein-

3 Vergleiche insofern z. B. die Annahmen bei Eckhard Jesse in seinen Beiträgen zur DDR-Geschichte. In: Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analysen. Hrsg. von Uwe Backes und Alexander Gallus. Köln/Weimar/Wien 2008, S. 99 ff.

4 Vgl. z. B. Sabrow, Martin: Herrschaft und Alltag in der DDR. In: Parteidiktatur und Alltag in der DDR. Katalog zur Ausstellung im Deutschen Historischen Museum in Berlin 2007, S. 10–19, hier insbesondere S. 12: „Die DDR war eine partizipatorische Parteidiktatur, die jeden fünften Erwachsenen als Mitglied der Staatspartei führte, deren Machtmechanismen auf der Bereitschaft zum Mitmachen beruhten und in der Täter- und Opferrollen vielfach vertauscht werden konnten.“ Der Autor dieses Beitrages hat mehrfach auf den diktaturrelativierenden Charakter wie auf die historische Unhaltbarkeit dieser Kernannahme hingewiesen; dem mag man nun folgen oder nicht. Im vorliegenden

mal um die Frage nach übermäßiger Personalisierung, zum anderen um den Aspekt, daß das marxistisch-leninistische System, auch und gerade unter Einschluß seiner massenhaften terroristischen Komponenten, eben in seiner Typik schon vor Stalin ausgeformt war, und daß zugleich nach ihm der systemische Diktaturcharakter jedenfalls unvermindert erhalten blieb. Die kritische Selbstreflexion über diesen wesentlichen Aspekt hat in bemerkenswerter Weise in letzter Zeit eben auch frühere DDR-Historiker erreicht.⁵ Angesichts solcher heute unabdingbaren Schlußfolgerungen bedeutet eine vordergründig-parteiliche Sortierung, wie sie die Autorin vornimmt, einen denkbar tiefen intellektuellen Fall. So schreibt sie auf S. 104 ihres Buches:

„Die Debatten im Zuge der ersten Enquete-Kommission [des Bundestages zur DDR-Geschichte; P.M.] wiesen dabei starke Kontinuitäten zu den 80er Jahren auf. Dies galt sowohl für die geschichtspolitische Stoßrichtung der Konservativen als auch für die Haltung der Linken. Ging es den Konservativen (CDU/CSU) um eine schonungslose Delegitimierung der DDR und linker Ideologien, zum Teil unter Anführung rechtskonservativer geschichtsrevisionsistischer und antikommunistischer Argumente, versuchte die PDS dieser Delegitimierung mit linkem Geschichtsrevisionismus entgegenzuwirken. Vor allem die SPD bemühte sich, die Kontroverse abzumildern durch einen moderaten, versachlichenden und differenzierteren kommunismuskritischen Zugang.“

Was soll bzw. was könnte differenziert-kommunismuskritisch eigentlich heißen?

Nicht selten wird der Eindruck vermittelt – auch im vorliegenden Fall steht dies gewissermaßen zwischen den Zeilen –, zu den jeweiligen ersten Männern, zunächst Ulbricht sodann Honecker, wie den ihnen jeweils nahestehenden Hardlinern, habe es so etwas wie reformkommunistische Alternativen gegeben. Diese hätten sich jedoch jeweils aus spezifischen Gründen nicht durchsetzen können, wobei sie aber je für sich gewissermaßen weichere, quasi kommunistisch-liberale Optionen verkörpert hätten. Auch hier haben wir es ganz überwiegend, um es deutlich zu sagen, mit Märchen zu tun. Vielfach begegnen uns doch eher tatsächliche und imaginierte Konflikte von bestimmten Gruppen oder Individuen, die es einfach als Gegner oder Diadochen auszuschalten galt; Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt, Ulbrichts stigmatisierte Gegenspieler in den Monaten nach Stalins Tod am 5. März 1953, waren ebensowenig Reformkommunisten, wie es 1957/58 Karl Schirdewan, Ernst Wollweber und Fred Oelßner waren.

Die Autorin befaßt sich im einzelnen mit den beiden schon genannten Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages und mit der Gedenkstättenpolitik des Bundes. Hier fehlt durchgängig neben den drei großen westdeutschen NS-Gedenkstätten Dachau, Bergen-Belsen und Neuengamme die zweite bayerische Gedenkstätte Flossenbürg – letztere hat längst formale Gleichrangigkeit erlangt. Die Auswahl der aus der DDR-Geschichte resultierenden Gedenkstätten ist paradigmatisch, folgt aber durchaus einer gewissen Systematik. Für die Kategorie Haftanstalten stehen die Gedenkstätten in Bautzen und Berlin-Hohenschönhausen, für die gewissermaßen operativen Zentren des Staatssicherheitsapparates der DDR die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig sowie die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße in Berlin und für historische Orte im Mauer- und Grenzbereich die Gedenkstätte „Berliner Mauer“ sowie die Gedenkstätte „Deutsche Teilung Marienborn“ mit dem Grenzdenkmal Hötensleben.

Fall wäre es einfach wichtig und unverzichtbar gewesen, daß die Autorin ihre Leitpositionen wirklich benennt und damit den Referenzrahmen ihrer Überlegungen nachvollziehbar macht.

5 Vgl. beispielhaft Ruge, Wolfgang: Lenin. Vorgänger Stalins. Berlin 2010.

Aus der Forschungslage begründet die Autorin, weshalb sie insbesondere die so komplexen Orte Buchenwald und Sachsenhausen ausspart. Der bayerische Rezensent vermißt natürlich im ersten Zusehen das deutsch-deutsche Museum Mödlareuth, jenes sogenannte Klein-Berlin, wo eine zweite Mauer, neben jener durch die deutsche Hauptstadt, durch ein Dorf zwischen Oberfranken und Thüringen verlief. Umgekehrt ist der Rezensent dann aber auch ganz dankbar dafür, daß ihm auf diese Weise angesichts der Vielfalt an Mängeln dieser Arbeit Mühsal und Ärgernisse einer potentiellen Lektüre zu Mödlareuth erspart bleiben.

Die Autorin hat – tendenziell – eine Vorliebe für westdeutsch sozialisierte „Wissenschaftler“. Zeitzeugen, deren Ambitionen, Bedürfnissen und Kompetenzen steht sie hingegen distanziert gegenüber. Sie sind ihr zu antikommunistisch und insgesamt wohl einfach zu nah am Geschehen. So reibt sie sich mit besonderer Intensität – man mag auch sagen Emotionalität – an der aktuellen Konstellation in und um die Gedenkstätte Hohenschönhausen: „Im Fall der Gedenkstätte Bautzen gelang eine Verwissenschaftlichung der Gedenkstätte zum Ende der 90er Jahre. Bei der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen gelang dies nicht. Statt dessen ‚solidarisierte‘ sich der wissenschaftliche Leiter dort mit den Opfervertretern. Bis heute dominieren in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen Opfernarrative und betreibt die Gedenkstätte pro-aktiv eine antikommunistisch gefärbte Geschichtspolitik.“

Personalisiert gesagt: Hubertus Knabe, dem man allerdings ein Übermaß an Zurückhaltung gewiß auch nichts attestieren darf, gerät über ansehnliche Strecken des Buches zum *bad guy*. Sollte er allerdings, das insinuiert die eben zitierte Bemerkung aus dem Schlußteil des Buches, eine pro-kommunistische Geschichtspolitik im Nordosten Berlins treiben oder eine, die gefestigter, demokratisch-freiheitlicher normativer Maßstäbe entbehrt? Insofern ist das Zitat durchaus verräterisch – für den Standpunkt oder auch die Standpunktlosigkeit der Autorin selbst.

Ein anderer *bad guy* ist Klaus Schroeder. In der Darstellung erscheint er zumeist als „Klaus Schröder“, aber das Schicksal einer schlampig-fahrlässigen Schreibweise stellt hier kein Alleinstellungsmerkmal dar: Er teilt es mit der früheren „Bundesbeauftragten für Kultur und Medien“ (Staatsministerin) im Bundeskanzleramt, Christina Weiß; sie muß es sich gefallen lassen, daß aus ihr stellenweise ein Christian Weiß wird, Bundespräsident Herzog wird zum „Ministerpräsidenten“ (S. 185), und bei Gelegenheit verfügt dann auch das Bundeskanzleramt über einen schlichten „Sekretär“, wer immer sich hinter dieser Funktion auch verborgen haben mag.

Schroeder figuriert mit Hildigund Neubert, Wolfgang Schuller und Uwe Thaysen als Autor einer Expertise von September 2001, die „Gestaltungsvorschläge zur Arbeit in der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR unter nationalen und internationalen Aspekten“ lieferte. In der geschichtspolitischen Auseinandersetzung geht die Autorin den denkbar billigsten Weg: Sie erfindet Argumentationen der geschichtspolitischen Kontrahenten und scheut selbst vor falschen Behauptungen nicht zurück. So schreibt sie zum Beispiel, die Gutachter würden eine totalitarismustheoretische Gleichsetzung der beiden deutschen Geheimdienste vornehmen und würden bei der Darstellung der DDR bzw. des MfS eine direkte Analogie zur NS-Diktatur empfehlen. Tatsächlich steht in dem Gutachten nur – und zwar ohne Wertung –, daß die ASTAK⁶ in

6 Die „Antistalinistische Aktion Berlin Normannenstraße“ (ASTAK e. V.) übernahm am 7. November 1990 die Trägerschaft der im Haus 1 des ehemaligen MfS-Gebäudekomplexes untergebrachten Forschungs- und Gedenkstätte.

vergleichender Perspektive die Zeit der NS-Diktatur in ihre Arbeit einbezieht. Von Analogie oder Gleichsetzung der NS- und der SED-Diktatur ist weder bei den Gutachtern noch bei der ASTAK die Rede.

Sie attestiert den Autoren ferner folgendes: „Der Duktus des Konzeptes legt zudem die Vermutung nahe, dass das DDR-Regime als mindestens ebenso totalitär wie der NS-Staat dargestellt werden sollte, wenn nicht als noch totalitärer hinsichtlich der geheimdienstlichen Durchdringung der Gesellschaft. Die DDR-Staatssicherheit sei schlimmer als die Gestapo gewesen, lautete die leitende Prämisse, die die Intension [sic!], rassistische und antisemitische Dimension sowie das Ausmaß der Gewalt der Gestapo, (Deportation, systematische Folter, Erschießungen) einfach unterschlug.“ (S. 502)

Diese harte, geschichtspolitische und auch moralisch schwer belastende Feststellung steht im Raum, belegt ist sie nicht, die Neugierde des Rezensenten ist gleichwohl geweckt. Aber die Lektüre des seinerzeitigen Thesenpapiers bringt nicht das geringste Indiz zutage, das die Unterstellung der Autorin in irgendeiner Weise belegen könnte. Ganz im Gegenteil heißt es hier ausdrücklich:

„Die Unrechts- und Verbrechensbilanz des kommunistischen Regimes in Deutschland nimmt sich, verglichen mit derjenigen des Nationalsozialismus, ‚bescheidener‘ aus. Gleichwohl gibt es sie und sie darf nicht der Vergangenheit anheimfallen“⁷ Vermutlich hatte allein die Erwartung die Feder geführt: *aliquid haeret* – auf gut deutsch: „irgend etwas wird schon hängen bleiben“, und wo und wie ist dies wohlfeiler, als bei der Kontaminierung mit der Bagatellisierung der singulären NS-Verbrechen – auch wenn tatsächlich das schiere Gegenteil zutrifft. In aller Regel muß man ja nicht befürchten, daß sozusagen nochmals unter der Decke der Gegencheck unmittelbar in den Quellen vorgenommen wird. Darauf mag Carola S. Rudnick vertraut haben. Zu hoffen ist jedenfalls, daß ihre geschichtspolitisch nicht eben keimfreien Gutachter Bernd Faulenbach und Wolfgang Benz zumindest solche Vorgehensweisen nicht billigen, wenn ihnen bzw. ihren fleißigen Mitarbeitern schon der Ministerpräsident Roman Herzog und so mancher im Niemandsland steckengebliebene Satzbau entgangen sind.

Den Revolutionären des Herbstes 1989 wird hier bisweilen süffisant vorgehalten, sie nähmen heute eine verabsolutierende, ihre historische Rolle auf ein überhöhtes Podest stellende Position ein, die ihnen vor der Folie einer umfassenden Konstellationsanalyse aus Sicht der Autorin gar nicht zukommt: In Wirklichkeit hätten 1989/90, ob in Leipzig oder in Berlin, Stasi-Akteure vielfach geschickt kanalisierend die Regie geführt, und über allem schwebt gewissermaßen die Rolle der westdeutschen Politik, welche seit Herbst 1989 ihren eigenen und zugleich den entscheidenden Beitrag zum Einsturz der DDR geleistet habe. Letzteres läßt sich natürlich diskutieren, die Frage ist nur, welche Wertungen man zugrundelegt. War Helmut Kohl auch ein *bad guy*, indem er unbestreitbar das Seine zum Einsturz der DDR beitrug, vor allem durch das Bestehen auf freien Wahlen, ohne die es keine substantiellen Hilfen für die DDR gegeben hätte, und

7 Haus 1 des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin – als Zentrum der Aufarbeitung kommunistischer Diktatur in Deutschland. Konzeption und Gestaltungsvorschläge zur Arbeit in der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR unter nationalen und internationalen Aspekten, Manuskript, September 2001, S. 5. Klaus Schroeder betont in seinem Buch „Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR“ ausdrücklich, daß sich eine einfache Gleichsetzung beider Systeme verbiete. „Weder hat der SED-Staat Millionen Menschen nahezu fabrikmäßig umgebracht, noch hat er einen Weltkrieg entfesselt. Die rechtstotalitäre Diktatur war zudem ‚hausgemacht‘, die linkstotalitäre war fremdbeherrscht. Auch die anderen Gutachter haben an keiner Stelle eine Gleichsetzung der beiden Diktaturen vorgenommen.“

durch die zielgerichtete Zusammenarbeit insbesondere mit der amerikanischen Führung in Washington?⁸ Die Frage ist somit nicht, ob sich Bonn von einem gewissen Zeitpunkt an in den Prozeß eines revolutionären Wandels auf dem Boden der DDR eingemischt hat, sondern wie dies in zeitgeschichtlicher Rückschau zu bewerten ist – und welche Maßstäbe dazu anzulegen sind. Wenn man allerdings vom Primat nicht einer quasi-reformsozialistischen Perpetuierung der DDR, sondern der Wiederherstellung deutscher Nationalstaatlichkeit mit der qualitativen Funktion ausgeht, Freiheit für alle Deutschen herzustellen, dann ist die seinerzeitige Politik insbesondere des Bundeskanzleramtes unbestreitbar legitim, notwendig und im Ergebnis perspektivreich gewesen. Und daß, wie im Falle beinahe aller revolutionären Prozesse, interne und externe Faktoren zusammenkommen – genuin europäische mit den polnischen und ungarischen Impulsen wären mit an erster Stelle hinzuzunehmen, sollte ohnehin eine Binsenweisheit sein. Aber die Autorin – und ihre prominenten Gutachter – taten sich offenkundig mit der Akzeptanz solcher Kontexte wie zugleich normativer Grundlagen nicht leicht.

In mancherlei Hinsicht kann man die Arbeit von Carola S. Rudnick in Kontinuität mit der Arbeit von Jens Hüttmann zur Geschichte der DDR-Forschung insgesamt sehen⁹. Gewiß gibt es schon im technisch-methodischen Ansatz gravierende Unterschiede:

Hüttmann glaubt ganz ohne Archivalien auskommen zu können, darunter auch – dies dürfte das wichtigste Defizit sein – die Akten des früheren Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen. In den, was den Darstellungs- und Fußnotenbereich anbelangt, 729 (!) Seiten von Rudnick erstickt man hingegen förmlich in Verweisen auf Korrespondenzen wie Aktenstücken aus den verschiedenen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene. Hier kann der Leser nur staunen, welches Maß an Zugänglichkeit schon nach wenigen Jahren für die Autorin gegeben war. Wichtiger als die Unterschiede sind aber die Parallelen zwischen den Arbeiten von Hüttmann und Rudnick: Beide pflegen offenkundig einen sehr selektiven Umgang mit Zeitzeugen. So spielt in beider Arbeiten Klaus Schroeder eine jeweils sehr kritisch gewürdigte Rolle, wurde aber jeweils noch nicht einmal zum Interview eingeladen. Bei den von Rudnick interviewten bzw. befragten Akteuren fehlen aber nicht nur ihre *bad guys* Hubertus Knabe und Klaus Schroeder, es fehlt insbesondere das gesamte Spektrum der von ihr sehr ausführlich traktierten Geschichtspolitiker, insbesondere, aber nicht nur aus den Unionsparteien. Kein Kultusminister aus Sachsen, kein Staatsminister bzw. keine Staatsministerin für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt, kein Mitglied des Kulturausschusses des Bundestages, kein Mitglied der „Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes“ Aufarbeitung der SED-Diktatur wie auch ihrer wissenschaftlichen Gegenspieler, etwa im Institut für Zeitgeschichte oder im Forschungsverbund SED-Staat, kein Exponent der mit DDR-Forschung befaßten Lehrstühle in den neuen Ländern von Leipzig bis Rostock, keiner jener Publizisten, die sich der Thematik DDR annehmen, kommt zu Wort. Die eigentliche Korrelation zwischen den beiden Arbeiten besteht aber in ihrer geschichtspolitischen Zielsetzung:

8 Vgl. dazu insbesondere die einschlägigen Texte in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearbeitet von Hanns-Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. München 1998, Dokument Nr. 96: Gespräch des Bundesministers Seiters mit dem Staatsratsvorsitzenden Krenz und Ministerpräsident Modrow, Berlin (Ost), 20. 11. 1989, S. 150–159, insbesondere S. 152: „BM Seiters wiederholte die Bereitschaft der Bundesregierung zu umfassender Hilfe und Zusammenarbeit unter der Voraussetzung eines grundlegenden politischen Wandels und der notwendigen wirtschaftlichen Reformen in der DDR.“

9 Hüttmann, Jens: DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung. Berlin 2008.

Es geht um die möglichst weitgehende Rehabilitierung dessen, was einmal, seit Mitte der sechziger Jahre, als sogenannte „immanente DDR-Forschung“ in Erscheinung trat, nicht um die plumpe Rehabilitierung der DDR als System an sich – deswegen gewiß auch die Abgrenzung gegenüber geschichtspolitischen Positionen der Partei „Die Linke“. Denn eine solche Parteinahme wäre grotesk, überschießend und damit kontraproduktiv. Erfolgversprechender ist da schon die Linie einer Auseinandersetzung entlang Zuschreibungen und Attributen wie „konservativ“ (darunter läßt sich bequem das gesamte Spektrum der Unionsparteien subsumieren) versus links-liberal aufgeklärt, totalitär gegen differenziert, man könnte auch ganz einfach sagen: borniert gegen rezeptionsfähig. Dahinter steht natürlich auch die Auseinandersetzung um Sprachregelungen, Deutungshoheiten, kulturelle und mit ihr durchaus auch politische Macht. Über all das ließe sich mit Lust streiten, wenn wenigstens die Prämissen ehrlich offengelegt werden würden und wenn zum anderen dem Leser nicht die Lektüre in einer Weise vergällt werden würde, daß nahezu eine ganze Urlaubswoche daran Schaden nehmen müßte.

PS: Die Gutachter – Professor Klaus Wernicke, Professor Bernd Faulenbach und Professor Wolfgang Benz – haben diese Arbeit als Dissertation, gefördert von der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit der Note 0,7 (!) bewertet.